

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausföhr. Postbestellgeböhr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. August 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 95.

## Machtkämpfe.

(Schluß.)

Im April 1907, als die Wogen bei den Berliner Mauern sehr hoch gingen, und diese allen Abmahnungen zum Troze dennoch auf die ihnen von den Unternehmern zugemutete Machtprobe eingehen wollten, da holte man August Bebel, der auf einer Vertrauensmännerversammlung den Bauarbeitern denn auch gehörig zur Vernunft redete. Es war aber auch dieses letzte Mittel vergeblich. Der Kampf entbrannte, die Bauarbeiter unterlagen, die Unternehmer aber hatten die Machtprobe bestanden. Die Bebel'schen Worte von damals sind noch heute zu beherzigen, besonders der Passus:

Die Unternehmerorganisationen haben an Macht und Gewalt in den letzten Jahren ganz bedeutend zugenommen. Die Arbeiter müssen in allen ihren Kämpfen, mögen es sein, welche es wollen, in ganz anderer Weise als früher Voricht üben und die Situation abwägen. Die Unternehmerschaft ist heute übereinstimmend der Meinung, daß sie unter allen Umständen den Sieg der Arbeiter, wo immer sie Forderungen stellen, bekämpfen muß und alles aufzubieten hat, um den Arbeitern eine Niederlage zu bereiten.

Die Bauunternehmer haben im vergangenen Jahr es durch die Tat bewiesen, daß nach diesem Rezipit die Unternehmervorstände gearbeitet wird. Bei den Schiedsgerichtsverhandlungen mußten sogar die Regierungsvertreter die Berechtigungen der Arbeiterforderungen anerkennen. Worüber natürlich großes Geschrei bei den Unternehmern, denn nun war es klar, daß weniger die Sorge um Profitminderung als die blanke Machtsucht sie zur Aussperrung getrieben hatte; der von ihnen entworfene neue Tarif drückte das obendrein in jeder Zeile aus. Bekanntlich verspekulierten sich die Bauherren gründlich: einmal ließen sie die Unternehmervorstände trotz der schönsten Versprechungen mit der finanziellen Unterstützung kläglich in Stich (statt der ausposaunten verfügbaren Millionen erhielt der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vom Vereine Deutscher Arbeitgeberverbände nur 268274 Mk.), zum zweiten machten bedeutende Unterverbände (vornehmlich Berlin und Hamburg) die Machtprobe nicht mit, und zum dritten griff die Gesamtarbeiterschaft tatkräftig für die Bauarbeiterorganisationen ein; diese klingende Solidarität war ungleich wirkungsvoller als die der Unternehmervorstände für die Bauherren. Es unterliegt heute bei keinem Arbeiter mehr einem Zweifel, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bei der vorjährigen Machtprobe unterlag. Wie wenig man heute auf Unternehmenseite noch geneigt ist, aus solchen bitteren Erfahrungen die entsprechende Lehre zu ziehen, sehen wir an dem genannten Arbeitgeberbunde, der mit Eisen an Werk ist, sich einen sogenannten Wehrschlag anzulegen, den man „vorläufig“ auf eine Million Mark bemißt. Dann kann der große Wurf noch einmal gewagt werden. Dann ist man bei einem neuen Machtkampfe mit den Bauarbeitern auch nicht mehr finanziell so abhängig von den Organisationszentralen der Unternehmer.

Bei dem vorjährigen Kampf auf den Werften konnte der Metallarbeiterverband den Vorstoß der Industriellen ebenfalls ab schlagen. Nicht besser erging es diesen im laufenden Jahre bei dem schon im zweiten Artikel gedachten Streik der Former und

Gießereiarbeiter in Chemnitz, der zu einer lokalen Aussperrung der Metallarbeiter sich erweiterte und der dann eine Generalaussperrung in der gesamten deutschen Metallindustrie folgen sollte, wie es jetzt allem Anscheine nach auch mit dem Kampfe in Leipzig gedacht ist. Es blieb jedoch bei dem „sollte“, denn diese Kraftprobe endigte schon vorher mit einem großen Fiasko der machtlüsterne Metallindustriellen. Der Metallarbeiterverband hat durch diese zwei siegreichen großen Kämpfe frühere Scharten und Umgehungsversuche ausgewehrt.

In der Holzindustrie rasselten im vergangenen Frühjahr die Unternehmer tüchtig mit dem Säbel, zu einem Kampfe ließen sie es aber nicht kommen, sondern sie willigten in einen Tarifabschluß. In diesem Jahre gab es wieder Tarifverhandlungen in größerem Umfange. Die Situation war kritisch. Das Resultat jedoch bestand in erheblichen materiellen Zugeständnissen, in dem Abschluß vierjähriger Tarife und in dem Anbahnen eines wirklichen Reichstarfs, der ganz und gar nicht nach dem Geschmade der Unternehmer ist. Die Arbeitgeber in diesem Gewerbe sind also schon etwas gefügiger geworden. Aber nur notgedrungen und auch nicht allenthalben. Der Kampf in Hamburg, der nun schon seit dem 20. März geführt und bald zu einer örtlichen Aussperrung sich auswuchs, deren Ende jetzt noch nicht abzusehen ist, ist ein Beweis, wie hartnäckig auch noch in dieser Industrie um Prinzipien gefochten werden kann. Den Hamburger Arbeitgeberverband für die Holzindustrie scheidet es nicht, daß die Hamburger Tischlerinnung nach vorausgegangenem Kampfe im Oktober v. J. schon mit den Arbeitern gemeinsam einen paritätischen Arbeitsnachweis in Funktion setzte. Ihn kümmert auch nicht, daß der Staatssekretär des Innern im Februar v. J. im Reichstage die paritätischen Nachweise als die naturgemäße Entwicklung der Zukunft bezeichnete. Und wenn die Hamburger Holzarbeiter nicht stark genug sind, ihn zu erklämpfen, ihre Unternehmer werden ihm freiwillig nicht zustimmen. Der Verbandstag der Tischlerinnungen hat sich jüngst ja auch gegen diese Institution ausgesprochen, die allerdings einen starken Damm gegen Unternehmerwillkür bildet. Es ist also ein hartnäckiger Machtkampf, der sich in Hamburg abspielt und schon bedeutende Summen verschlungen hat; für den Holzarbeiterverband werden die Kosten dieses Krieges sich bis jetzt wohl annähernd auf 900000 Mk. belaufen. Bemerkenswert ist aber, daß der allgemeine Arbeitgeberverband für die Holzindustrie, der unlängst in Dresden tagte und eine Unzufriedenheit mit der diesjährigen Tarifbewegung war, nicht eine fulminante Solidaritätserklärung für die „bedrängten“ Hamburger Unternehmer abgab. In der Metallindustrie wäre man schneller damit bei der Hand gewesen, hier jedoch müssen wohl die Trauben etwas zu hoch hängen. Tatsache ist ja auch, daß seit dem im Jahre 1907 inszenierten Machtkampfe die Holzindustriellen etwas pessimistisch geworden sind über die Tauglichkeit der modernsten Waffe des Unternehmertums. Es deutet aber trotzdem alles darauf hin, daß die Kämpfe gegen die Holzarbeiter intensiv betrieben werden.

In der Lederwarenindustrie stand es im Frühjahr um die Tarifverhandlungen in Berlin, Offen-

bach a. M., Stuttgart und Freiberg i. S. recht kritisch. Der Verband deutscher Lederwarenindustrieller hatte den Arbeitgebervertretern in diesen vier Orten unter allen Umständen verboten, irgendwelche Zugeständnisse zu machen; eine Aussperrung erschien drohend am Horizont. Daß es dann ganz anders kam, lag nicht in der Absicht der hier tonangebenden Herren im Hause, sondern an den bewußten Verhältnissen, die gar nicht so selten stärker sind als der stärkste Scharfmachermille.

Die Glasarbeiter standen vor vier Wochen vor der Perspektive, daß sämtliche Fabriken dieser Branche in Schlesien, in der Lausitz und in Sachsen stillgelegt werden sollten, um die Streikaufhebung bei zwei Fabriken zu erzwingen. Der Glasarbeiterverband konnte einen so großen Kampf nicht gut riskieren. Aber wenn der Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken vorher erklärt hatte, mit dem Verbands der Glasarbeiter ferner nicht mehr zu verhandeln, auch keine Tarife weiter mit ihm abzuschließen, und er bequeme sich dann doch zu Unterhandlungen und sogar telephonischen Verhandlungen, und wenn dann schließlich unter seiner Mitwirkung es doch zu einem immerhin annehmbaren Tarifabschluß mit den drei Firmen an dem betreffenden Orte kam, so mußten auch hier die Herren im Hause zurück.

Anders gelang eine Machtprobe der Unternehmer im Bergbau. Der Streik der Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenrevier mußte nach einer Dauer von 14 Wochen völlig resultatlos abgebrochen werden vor zehn Tagen: der verlangte Tarif war nicht durchzubringen. Dieses bedauerliche Fazit ist auf die Schwäche ihrer Organisation zurückzuführen. 11000 Bergarbeiter werden in diesem Reviere beschäftigt, 6000 Mann aber waren nur organisiert, und diese traten allein in den Ausstand; 2000 Nichtorganisierte waren jedoch noch zum Anschlusse zu bewegen. Es ist alles versucht worden. Die Arbeiter machten noch vor Eintritt in den Streik den Versuch, mit den Rechenverwaltungen über die aufgestellten Forderungen zu verhandeln. Das wurde einfach abgelehnt. Darauf wurde die Kündigung eingereicht, vor ihrem Ablauf wandten sich die Arbeiter jedoch noch an den Berghauptmann in Halle a. S. um Vermittlung. Auch diese wies die Grubenbesitzer zurück mit der einmütigen Erklärung, daß sie jedes Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen entschieden ablehnen. Die Vertreter der beteiligten Organisationen riefen darauf den bei den Konflikten im Holzgewerbe so erfolgreich gewesenen Freiherrn v. Berlepsch an. Dieser erklärte sich auch zur Vermittlung bereit, mußte aber erleben, daß der Deutsche Braunkohlenindustrieverein ihn glatt abfallen ließ. Herr v. Berlepsch hatte diesen Herrenmenschen für alle Fälle den Mittelsvorschlag gemacht, wenigstens mit Vertretern der Bergarbeiterausgänge zu verhandeln. Wenn man nun weiß, wie zu Anfang die Arbeiter selbst sich um die Herbeiführung von Unterhandlungen bemüht hatten, so klingt das, was Freiherr v. Berlepsch als Antwort erhielt, wie blutiger Spohn:

Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein erklärt sich seiner Verfassung nach außerstande, Abkommen mit Arbeitern oder deren Verbänden zu treffen. Die in dem jetzigen Kampfe aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschiedenen Leute hätten sich durch dieses Ausscheiden jeder gesetzlichen oder arbeits-

ordnungsmäßigen Vertretungsmöglichkeit be-  
raubt und könnten den Bergwerksvertretern gegen-  
über nur als Einzelpersonen in Betracht kommen.

Ein solcher Unternehmerrhochmut steht wohl ohne  
Beispiel da, das ist der krasse Ausdruck der Unter-  
nehmerbittatur. Welche Form von Unterhandlungen  
da auch gewählt wird, die Antwort ist immer:  
Gib's nicht! Daß die Oberschichtmacher im Ruhr-  
reviere der treibende Keil waren, daß es zu gar  
keiner Verhandlung kam, weder mit den Arbeitern  
der einzelnen Bergwerke noch mit deren Organisa-  
tionen, ist unschwer zu erraten. Die Ausrufung  
eines Grubenvertreters: „Schaffen Sie Tarifverträge  
im Ruhrrevier, und Sie haben dieselben im Braun-  
kohlenrevier ohne Kampf“, ist nicht nur dafür ein  
Beweis, sondern sie zeigt auch, wie sehr sich die  
Zechenbarone ihrer Macht bewußt sind. Im Ruhr-  
reviere sind nämlich dahin zielende Versuche von  
den Bergarbeitern schon unternommen worden, bei  
der sehr starken Position der Scharfmacher dort  
aber ganz vergeblich gewesen. Daß die Bergarbeiter  
speziell Lohnaufbesserungen sehr nötig haben, ergibt  
sich ohne weiteres aus der mit den amtlichen Aus-  
weisen zu erhaltenden Tatsache, daß die Bergarbeiter  
in Preußen vom ersten Quartale 1908 bis einsch-  
des ersten Vierteljahrs von 1911, also in 3¼ Jahren,  
einen Lohnrückgang von 160 525 588 Mk. er-  
leiden mußten. Die Verhältnisse im Bergbau sind  
also in jeder Beziehung einzigartig: die Arbeiter  
zersplittert in eine ganze Anzahl von Organisationen  
und diese zu schwach (der christliche Verband zudem  
immer seine besonderen Wege gehend und dadurch  
jeden einigermaßen ernsthaften Vorstoß verhöhrend),  
das Unternehmertum aber so machtvoll organisiert  
wie in keinem zweiten Industriezweig und wohl  
auch in keinem andern Land. Und an diesem Beispiel  
einer überragenden Machtposition schöpfen die übri-  
gen Unternehmerverbände immer wieder Mut zu  
ihren Machtpöben. Aber anderswo wachsen die  
Unternehmerverbände eben nicht in den Himmel, mit  
dem schönen Anschauungsunterricht im Bergbau ist  
es allein nicht getan.

Um noch einmal auf die katastrophalen Er-  
eignisse in England zurückzukommen, so ist zu sagen,  
daß diese zum Teil keine wirtschaftlichen Machtkämpfe  
mehr sind, als welche das große Ringen zwischen den  
Unternehmer- und den Arbeiterorganisationen zu  
verstehen ist, wie wir es in diesen drei Artikeln  
zu interpretieren und kommentieren bemüht waren.  
Die weiteren Vorgänge haben das in Nr. 93  
darüber Gesagte nicht nur unterstrichen, sondern  
auch erwiesen, daß es sich bei den Gewaltkämpfen  
in England nicht immer, aber doch zum Teil um  
irreguläre Streiks handelt, bei denen die Nicht-  
organisierten zum größten Teil die Macht an sich  
gerissen haben und denen sich dann noch andre  
Elemente zugesellten, die ihrer Lust am Skandal  
und Vandalismus fröhen. Wir sprechen hier nicht  
von dem Generalstreik der Eisenbahner, auch  
weniger von den Londoner Ausständen, sondern  
von Liverpool, wo die Leiter der Organisationen  
die Führung verloren. Wir haben es im ver-  
gangenen Jahre ja bei den Krawallen in Moabit  
erlebt, welche Kräfte bei solchen Anlässen ihre Hand  
im Spiele haben. In der Arbeiterpresse und auch  
vor Gericht noch ist jede Identifizierung mit diesen  
Elementen von den gewerkschaftlichen und den  
politischen Führern weit abgewiesen worden. Es  
ist ja auch bemerkenswert, welche gemäßigte Sprache  
die Arbeiterabgeordneten im englischen Unterhaus  
über diese Vorgänge führten. Wie von den Be-  
hörden und deren Exekutivorganen auf das strengste  
verlangt werden muß, daß sie sich bei Arbeitskämpfen in  
den Grenzen der Gesetzmäßigkeit bewegen, so ist das auch  
von den Arbeitern zu fordern. Geschieht dies von  
letzteren nicht, so kommt der Zweck und der gute  
Kern einer Ausstandsbewegung nicht nur zu Schaden,  
sondern die Gewerkschaften haben noch die Folgen  
von solchen Putzsch und Gewalttaten zu tragen.  
Es liegt tatsächlich nicht im gewerkschaftlichen  
Interesse, wenn große Streiks zu allen möglichen  
Erzessen ausarten. Die englische Presse, die im  
vergangenen Jahre sich nicht genug über die  
Moabitereien entkiffen konnte, hat aber alle Ver-  
anlassung, ihre damaligen scharfen Urteile einer  
gründlichen Revision zu unterziehen.

Neuerdings müssen die deutschen Unternehmer  
nun erleben, daß über die Arbeiterkreise hinaus es  
sich regt und bewegt. Die Privatangestellten lassen  
es nicht bei dem bloßen Zusammenschlusse zu Unter-  
stützungsvereinigungen bewenden, sie entwickeln sich  
mehr und mehr zu wirklichen Standesvertretungen  
und haben bisweilen schon ausgeprägteren gewerkschaftlichen  
Charakter. Der Dresdner Gewerkschafts-  
kongress hat ja dieser erfreulichen Erscheinung Rech-  
nung getragen, indem er ihr einen besonderen  
Tagesordnungspunkt widmete. In den kaufmänni-  
schen Verbänden ist freilich von einem bemerkens-  
werten Umschwunge noch nicht viel zu merken.  
Neben dem Zentralverbände der Handlungsgehilfen  
und -gehilfen, der von Anfang an sich als Ge-  
werkschaft gab, ist jedoch ein Bund der kaufmänni-  
schen Angestellten auf dem Plan erschienen, der zu  
guten Hoffnungen berechtigt. Dann aber ist der  
Bund der technisch-industriellen Beamten zu nennen,  
der seit mehreren Jahren schon mit Energie aus den  
alten ausgetretenen Bahnen der Angestelltenvereini-  
gungen herausstrebt, ganz beachtliche Fortschritte  
darin gemacht und auch beim Unternehmertum sich  
bereits in bemerkenswerter Weise durchgesetzt hat.  
Sogar das Reichsmarineamt mußte den Mitgliedern  
dieses aufstrebenden Angestelltenverbandes vor etwa  
14 Tagen gar nicht so geringfügige Konzessionen  
machen. Hier ist auch für die Gewerkschaften noch  
viel zu erwarten. Bei dem Kampf in der Leipziger  
Metallindustrie ist von der Technikerorganisa-  
tion strengste Neutralität den Mitgliedern an-  
empfohlen, jede Streikarbeit aber entschieden ver-  
boten worden. Daß in diesen Kreisen dieser Stand-  
punkt noch nicht allgemein ist, sieht man bei dem  
Streik in dem Maschinenbetriebe der Badischen Anilin-  
und Sodafabrik in Ludwigshafen, wo die An-  
gestellten vielfach Streikbrecherdienste verrichten.  
Aber der Bund der Techniker kann dafür nicht ver-  
antwortlich gemacht werden. In dessen Organ  
(„Deutsche Industriebeamtenzeitung“) werden viel-  
mehr Anschauungen vertreten, die namentlich den  
Scharfmacherorganisationen schwer an die Nieren  
gehen werden. Lassen wir doch kurzlich:

Die organisierten Techniker haben nun aber mittler-  
weile erfahren, was es mit dem „Vertrauens-  
mann“ und „Mitarbeiter“ auf sich hat. Sie  
wissen, daß ihnen diese schönen Namen immer nur zu-  
kommen, wenn der Chef etwas von ihnen haben will,  
was er sonst rechtlich nicht verlangen kann, z. B. un-  
bezahlte Überstunden, Heimarbeit, Streikarbeit u. a. m.  
Wollen sie selber jedoch etwas haben, eine Urlaubs-  
erhöhung, eine Gehaltszulage usw., dann ist der ko-  
legiale Standpunkt des Herrn Chefs völlig verschwunden,  
und er erklärt dem Angestellten, daß er für ihn nur  
eine bezahlte Arbeitskraft sei, die er möglichst  
billig zu kaufen und möglichst gründlich aus-  
zunutzen suchen müsse. Die gewerkschaftlich denkenden  
Angestellten werden daher der Behauptung des Chefs,  
daß sie auf jeden Fall das Geschäftsinteresse wahren  
müßten, entgegenkommen skeptisch gegenüberstehen. Höchstens  
einige rückfällige Elemente werden dem Chef bei-  
pflichten, nämlich solche, die in jeder Lohnbewegung,  
besonders in dem Streik, etwas Verwerfliches, Unmoral-  
liches erblicken und daher besonders den Veruf in sich  
fühlen, dem „Verbrechen“ entgegenzutreten.

Die gewerkschaftlich organisierten Ange-  
stellten aber haben derartig bornierte An-  
schauungen längst überwunden: die Einsicht in  
das Wesen und die Bedeutung der Wirtschaftskämpfe  
hat sie gelehrt, hier gerecht und objektiv zu urteilen.  
Im Gegenteil, weit näher als der Gedanke, daß sie auf  
jeden Fall dem Arbeitgeber beizupringen verpflichtet  
seien, wird ihnen die Erwägung liegen, daß sie ja  
ebenso wie die Arbeiter sich in der Lage des  
Arbeitnehmers befinden und für sich genau das  
gleiche erstreben, was jene durch den Streik erzielen  
wollen, nämlich eine gerechte Bewertung der Arbeits-  
kraft und eine Arbeitszeit, deren Dauer auch ein außer-  
berufliches Menschsein ermöglicht. Sie werden sich  
fragen müssen, ob man wohl noch das Recht  
hat, für sich selber Forderungen aufzustellen,  
wenn man andern, die ähnliche Forderungen  
für sich zu verwirklichen trachten, bei ihrem  
Kampf in den Rücken fällt.

Daß die technischen Angestellten nicht nur vereinzelt  
im Begriffe stehen, solchen schönen Worten die ent-  
sprechenden Taten folgen zu lassen, zeigt sich soeben in  
Berlin. Dort haben rund 90 Proz. der in den  
Eisenkonstruktionsfirmen beschäftigten Techniker ge-  
kündigt, weil der von ihnen eingereichte Normal-  
dienstvertrag von den Firmen dieser Branche nicht  
nur nicht akzeptiert worden ist, sondern von dem  
Verbande Berliner Eisenbauanstalten mit einem

Gegenentwurf beantwortet wurde, der wesentliche  
Verschlechterungen enthält. Nur die Oberingenieure  
und die Bureauchefs wählten „die Treue zum an-  
gestammten Hause“, 266 Angestellte aber kündigten,  
was der Unternehmerorganisation nun großes Kopf-  
zerbrechen bereitet. Aber sie wird klein beigeben  
müssen, denn der Bund der technisch-industriellen  
Beamten sorgt für die Solidarität und Disziplin  
seiner Mitglieder und arbeitet prompt mit Cavete-  
Notizen.

Wenn dieser Standpunkt erst einmal Gemein-  
gut aller gewerblichen und industriellen Angestellten  
geworden ist, was ja wohl nicht so schnell der Fall  
sein, aber auch nicht allzu lange dauern wird, dann  
ist der Unternehmerrwillkür noch ein ganz bedeutender  
Niegel vorgeschoben. Diese „Vertrauensmänner“  
und „Mitarbeiter“ gelten auch in den Arbeitgeber-  
verbänden, wo nicht die Scharfmacherlust frisch und  
rein weht, sondern andre Atmosphären die Ober-  
hand haben, als immun vor der Solidaritätsgefahr,  
und wo darüber Zweifel bestehen, sucht man sie  
dagegen zu imprägnieren, wie vielfach auch in  
unserm Gewerbe. Wenn sie aber, wie in dem  
vorstehenden Artikelauszuge zutreffend gesagt ist,  
dessen mehr bewußt werden, daß auch sie nur eine  
bezahlte, möglichst billige und möglichst gründlich  
auszunütende Arbeitskraft sind, dann ist für die  
zu erwartenden noch größeren Machtkämpfe viel  
gewonnen für die Arbeiter. Übrigens trägt so  
mancher moderne Chef oder Geschäftsführer durch  
herrisches Auftreten auch schon kräftig zur Verschleuni-  
gung dieses Erkenntnisses bei.

Die neuzeitlichen Arbeitgeberverbände sind  
in der Regel nichts andres als Aussperrungskomitees.  
Von sozialunverständigen und industrie-  
gewerbefremden Akademikern als Geschäftsführern  
meistens geleitet, wird es den Weg der großen  
wirtschaftlichen Schädigungen, denn das sind diese  
für die Arbeiter recht opfervollen Machtkämpfe,  
noch eine ganze Zeitlang weitergehen.

Aber die Arbeiter, denen Machtgelüste ferner liegen  
als den Unternehmern, deren Verlangen vielmehr  
in erster Linie nach einer menschenwürdigen Existenz  
und sozialer Gerechtigkeit geht, brauchen vor dieser  
weiteren Entwicklung der Dinge nicht zu bangen.  
Auch die gerade jetzt wieder von den Scharfmachern  
mit Hochdruck betriebenen Versuche, die Gesetzgebung  
gegen die Gewerkschaften in Tätigkeit zu setzen,  
um die Ausübung des Koalitionsrechts bedeutend  
zu schmälern, müssen uns kalt, wenn auch wachsam  
sein lassen. Die Organisationen mehr zu stärken,  
die Mitglieder mehr für den gewerkschaftlichen  
Kampf in seinen vielerlei Erscheinungen zu schulen  
und eine nach Lage der Verhältnisse größere Vor-  
sicht zu beobachten — dann ist schon viel erreicht!

Wenn nicht im Augenblicke noch wichtige Zahlen  
über die Ausperrungen des Jahres 1910 fehlen  
würden, könnten wir auch ziffermäßig nachweisen,  
daß die Unternehmerorganisationen mit den kolossal  
forcierten Ausperrungen und Abwehreffreits doch  
nicht ihren Zweck erreicht haben. Nun darüber  
einmal später. Um aber zu zeigen, daß die Be-  
hauptung von einer Periode der Machtkämpfe kein  
leeres Gerede ist, zählen wir hier die im letzten  
Jahrzehnt in Deutschland vorgenommenen Aus-  
sperrungen auf: 1901: 35, 1902: 56, 1903: 82,  
1904: 112, 1905: 253, 1906: 421, 1907: 323,  
1908: 257, 1909: 246, 1910: 1690! Das Zurück-  
gehen der Ausperrungen in den Jahren 1907—1909  
ist durch die letztmalige wirtschaftliche Krisis zu er-  
klären, die Arbeiter resp. ihre Organisationen müssen  
unter dem Druck der Verhältnisse da manches in  
den Kauf nehmen, wo sie sich sonst wehren würden.

In welcher schreiendem Gegenfasse steht doch  
diese erschreckend hohe Zahl zu den vernünftigen  
Anschauungen eines namhaften deutschen Textil-  
fabrikanten, der an einen bekannten Sozialpolitiker  
folgendes schrieb:

Nur wer im täglichen Verkehre die Arbeiter nach ihrem  
innersten Wesen und nicht nur nach dem, was sie nach  
außen scheinen, oder wie sie von den Zeitungsberichten  
gechildert werden, kennen lernt, kann sie richtig be-  
urteilen und weiß, daß sie in ihrer großen Mehrheit  
das Vertrauen zu ihrer Einsicht verdienen, wie wir  
es jedem rechtschaffensten Menschen, der seine staats-  
bürgerlichen Pflichten erfüllt, entgegenbringen. Wir  
dürfen aber nicht vergessen, daß der Arbeiter auch nur

Mensch ist, und zwar ein Mensch mit Vorzügen und Fehlern. In dem Kampf ums Dasein bzw. dem Streben nach vorwärts wird in jedem Menschen der oppositionelle Geist wachgerufen, und je niedriger man auf der bürgerlichen Erwerbsleiter steht, je mehr Schranken sich einem auf dem Wege nach vorwärts entgegenstellen, um so größer und intensiver muß die Opposition sein. . . . Was dem Menschen die Last seiner Arbeit am besten überwinden hilft, ist die Hoffnung auf bessere Zeiten, und diese Hoffnung ist um so größer, je weniger Schranken entgegenstehen, und je mehr es sich dem Arbeiter aufdrängt, daß er in seinen politischen Reden nicht behindert ist. . . . Der Arbeiter hört auf, mit der Lust und Liebe zu arbeiten, welche durch die Hoffnung auf eine bessere Zeit hervorgerufen werden; die Arbeit wird ihm zum reinen Zwang und infolge dessen zum Fluch, weil ihm das Gegengewicht, welches in seiner politischen Gleichberechtigung mit seinem Vorgesetzten und seinem Vorgesetzten sowie in der Ausübung seines Dranges nach politischer Freiheit liegt, genommen ist. Jeder Fabrikant weiß, daß seine tüchtigsten und zuverlässigsten Arbeiter oft die sogenannten ärgsten Sozialdemokraten sind. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß wir auf ein gut Teil dieser Leistungsfähigkeit verzichten müssen, wenn wir auf dem reaktionären Wege weiterfahren.

Das ist fürwahr ein weißer Sperling, noch dazu unter den bedeutenderen Industriellen und den Großkapitalisten! Über diese freimütige Beurteilung des Arbeiters, seines Empfindens und seines Strebens sei allen seinen Standesgenossen zum Nachdenken empfohlen, die da glauben, daß der Weisheit letzter Schluß der Machtpunkt und der rücksichtslose Machtkampf gegen die Arbeiter sein muß.

## Korrespondenzen.

**Wiesbaden.** In der am 12. August stattgehabten außerordentlichen Versammlung mußten die Kollegen nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten sowie nach Anhören des Berichts über die Kreisversammlung zur Wahl eines ersten Vorsitzenden scheideten, da der bisherige Kollege Jäschke, einem anderweitigen Engagement Folge leistend, seinen bisherigen Wirkungskreis verläßt. An seine Stelle trat Kollege Illner. Das Scheiden des bisherigen Vorsitzenden wurde allgemein bedauert und sprach Kollege Groß dem Scheidenden namens des Ortsvereins für die diesem mit voller Hingabe geleisteten Dienste herzlichsten Dank aus. Nachdem noch eine lokale Angelegenheit erledigt worden war, schloß Kollege Jäschke mit einigen herzlichsten Abschiedsworten die sehr sachlich und interessant verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

**Brack (Oldenburg).** Nachdem sich im letzten Jahre die Verhältnisse am hiesigen Orte bedeutend gebessert haben und die Mitgliederzahl dadurch eine erhebliche Zunahme erfahren hatte, konnte endlich daran gedacht werden, auch hier einen Ortsverein ins Leben zu rufen. Am 13. August fand nun die offizielle Gründung des neuen Vereins statt. Unser Bezirksvorstand war durch drei Kollegen vertreten und die hiesigen Mitglieder hatten sich vollständig eingefunden. Nach einigen einleitenden Worten unseres provisorischen Vorsitzenden hielt unser Bezirksvorsitzender J. Roth (Oldenburg) eine kleine, der Sache angemessene Ansprache. Bei den hierauf folgenden Wahlen wurde u. a. Kollege Gerhard Düvell als Vorsitzender und Kassierer gewählt.

**Vormund.** In der am 13. August abgehaltenen Bezirksversammlung, die von 174 Kollegen besucht war, gab nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und des Massenberichts, der gedruckt vorlag, der Vorsitzende Schippers einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz, u. a. auch einen Überblick über den Berliner Konflikt, dabei die Ursachen würdigend, die das Tarifamt veranlaßte, den bekannten Entscheid zu fassen, wies er unter allgemeinem Beifalle der Versammlung die maßlosen Beschimpfungen unserer Organisation durch einen Teil der sozialdemokratischen Presse zurück. Eine Diskussion über den Berliner Konflikt wurde aus dem Grunde nicht gewünscht, weil die größeren Ortsvereine des Bezirks schon Stellung genommen haben, worüber auch im „Korr.“ berichtet worden ist. Mit dem Punkte „Tarifrevision“ beschäftigte sich die Versammlung in eingehender Weise. Einleitend gab Kollege Schippers ein übersichtliches Bild über die jetzige Lage im Gewerbe, und die Tarifanfrage durchgehend, wies er zum Schluß auch auf die Schwierigkeiten hin, die eventuell der diesjährigen Tarifrevision entgegenstehen könnten, und schloß mit einem Appell an die Mitglieder, den Organisationsfragen mehr Interesse wie bisher entgegenzubringen. Um eine glatte Rechnung der einzelnen Funktionäre zu ermöglichen, hatte die Vertrauensmännerkonferenz des Bezirks beantragt, das sich hierbei ergebende Material von 25 bis 30 Mk. vierteljährlich aus der Bezirkskasse zu decken, welcher Antrag auch angenommen wurde. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die anregend und interessant verlaufene Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Verband geschlossen.

**Sagen i. W.** In der letzten Versammlung vom 12. August konnten wir wieder einmal unsern Gauvorsteher Albrecht (Rüd.) in unserer Mitte begrüßen. Nachdem Kollege Lorenz kurz über die Versammlung des Tariffreies II berichtet, nahm Kollege Albrecht das Wort zu seinem dritten Vortrag: „Entwicklung der freien

Gewerkschaften unter der Generalkommission“. In gewohnt klarer und leicht verständlicher Weise entledigte sich der Vortragende seiner Aufgabe und lohnte reicher Beifall seine etwa einhalbstündigen Ausführungen. Nachdem noch eine Reihe interner Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erreichte die Versammlung in bereits vorgedachter Stunde ihr Ende.

**Beer (Mittelsachsen).** Die am 12. August abgehaltene Versammlung, die von 23 Kollegen besucht war, während fünf fehlten, ehrte zunächst das Andenken des beim Baden im Hafen ertrunkenen Kollegen Karl Meythaler in üblicher Weise. Hierauf erörterte der Vorsitzende Kronmünga die Berliner Vorkommnisse in sachlicher Weise. Er wies eingehend nach, daß die Gauvorsteherkonferenz gar nicht anders entscheiden konnte als wie geschehen und bezeichnete die Haltung des „Korr.“ als korrekt und im Interesse der Organisation liegend. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Redners zu und erklärte sich einmütig für die Stellungnahme der Gauvorsteher einverstanden. Sodann berichtete der Vorsitzende über die Kreisversammlung. Die Erhaltung des Kartellberichts und Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten bildeten den Schluß der anregend und harmonisch verlaufenen Versammlung. — Anschließend fand die Feier des Johannisfestes statt, welche die Kollegen bis weit über Mitternacht hinaus sehr kollegial bei Spiel und Gesang zusammenhielt. Der Festkommission geht für das schöne Arrangement volle Anerkennung.

**Traunstein.** Die am 13. August hier abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Versammlung, die vom hiesigen Ortsverein einberufen war, war sehr zahlreich besucht. Vertreten waren die Druckorte: Traunstein (9), Reichshall (8), Freilassing (3), Rosenheim (2), Werksteden (1), Saufen (1), Bad Wibling (1). Nach Begrüßung und Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden H. Münch ergriff Gauvorsteher und Gehilfenvertreter Seig (München) das Wort. Der Redner referierte über: „Organisatorische Fragen und Tarifrevision“. Er legte in klaren Worten die bisherige Tätigkeit des Verbandes dar. Lauter Beifall lohnte dem Redner für seine einbrei Viertelstündigen sachlichen Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Nach Benennung der Diskussion dankte der Vorsitzende dem Referenten für seinen hochinteressanten Vortrag und den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß die Versammlung nach dreistündiger Dauer. — Ein vom Ortsverein Traunstein geplanter gemeinschaftlicher Ausflug nach dem Hochberg mußte wegen der vorgezogenen Zeit unterbleiben. Dafür wurde zu dem idyllisch gelegenen Stendorf marschiert, wo noch einige vernünftige Stunden die Kollegenschaft vereinte. Mit dem Wunsche, daß in Traunstein bald wieder eine Versammlung abgehalten werden möge, trennte man sich.

## Rundschau.

Eine neue Pressebekleidungs-Idee, wie sie nach der berichtigten Bez. Wagner in der neuen Strafprozessreform feste Gestalt gewinnen sollte, wird vorläufig in der Versenkung verschwinden. Wie nämlich von offizieller Seite verlautet, wird die in langen Kommissionsitzungen vorbereitete Strafprozessordnung in der Herbsttagung des Reichstags nicht wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die nur zwei Monate währende Tagung des Reichsparlamentes wird einestheils keine ausreichende Zeit bieten zur Verabschiedung der wichtigen Vorlage, und anderenteils ist über die grundsätzlichen Streitfragen, die bei der Strafprozessreform zur Aufrollung kommen werden, wohl kaum auf eine Verständigung zwischen Reichstag und Staatsregierung zu rechnen. Mit der Verweisung der Vorlage an den neuen Reichstag wäre also die Fülle von Arbeit, die im vergangenen Sommer von der Kommission für die großen Justizvorlagen in 80 Sitzungen geleistet wurde, vergeblich gewesen. Da die neue Einbringung der Strafprozessreform kaum vor der Wintertagung 1912/13 möglich erscheint, wird sogar mit einer noch weiteren Vertagung gerechnet, um sie dann gemeinschaftlich mit dem Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs, mit dem sie in engem sachlichen Zusammenhang steht, dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Akademie für kommunale Verwaltung, die in Düsseldorf neu gegründet wurde, hat in ihren Lehrplan u. a. auch Vorlesungen über das Verhältnis der Presse zur Gemeindeverwaltung aufgenommen. Vom Schriftführer des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse, Dr. jur. Hüsgen (Düsseldorf), werden die Vorlesungen gehalten werden.

Die Unterstützung der Tabakarbeiter, die ihnen aus Reichsmitteln gezahlt wurde, hat mit dem 15. August aufgehört. Die vom Reichstag den durch die neue Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern zuerst zur Verfügung gestellten 4 Millionen Mark waren bereits im Sommer 1910 aufgebraucht, weil die Arbeitslosigkeit erheblich größer war, als man angenommen hatte. Insgesamt sind 6750000 Mk. an Unterstützungen geleistet worden. Durch die nunmehr erfolgte Einstellung werden natürlich die noch immer arbeitslosen Tabakarbeiter aufschwerste getroffen. Nachdem ihnen durch eine unfinnige Steuerpolitik ihre Existenz genommen worden ist, überläßt sie das Reich nunmehr einem ungewissen Schicksal!

Die perfide Hege gegen den Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, wie sie seit langem von einflussreichen Zentrumspolitikern be-

trieben wird, hat endlich einen gewissen Erfolg aufzuweisen. Der genannte Gewerkschaft gehören in Bayern, Württemberg und Baden etwa 12000 Arbeiter und Angestellte an. Unter fortgesetzten Denunziationen wurde vom bayerischen Verkehrsminister v. Frauendorfer, der des Viebügels mit der Sozialdemokratie bezichtigt wurde, das Verbot dieser freien Gewerkschaft, die den christlichen Eisenbahnern eine ständig wachsende schwere Konkurrenz macht, verlangt. In der letzten Landtags-session wurde zunächst durch eine Interpellation in der Zweiten Kammer das Streikverbot für die Eisenbahner verlangt. Damit war der Minister einverstanden. Im Reichsrat sprach man dann aus, was das Zentrum in Wirklichkeit wollte: Verbot dieser Organisation überhaupt. Dies Ansinnen wurde vom Minister zurückgewiesen. Doch die Hege ging weiter. Auf dem letzten Parteitag des bayerischen Zentrums forderte der Abgeordnete Freytag auf, das ganze Ministerium zu stürzen, sofern es den süddeutschen Eisenbahnerverband nicht auflöse. Diese ewigen Aufsetzungen scheinen nun den Verkehrsminister den Zentrumswünschen gefügiger gemacht zu haben. Er weigert sich zwar noch, den Verband, der laut Statut alle parteipolitischen Bestrebungen ausdrücklich ausschließt und nur die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertritt, zu unterdrücken. Auch der weiteren Zentrumsforderung, kurz und bündig zu erklären, daß kein Arbeiter, der Mitglied des süddeutschen Eisenbahnerverbandes wäre, jemals in den Beamtenstand aufrücken dürfe, weil dieser Verband sozialdemokratisch sei, hat sich der Minister bisher nicht gefügt. Aber er hat sich nun doch herbeigelassen, an die ihm unterstellten Eisenbahnpräsidenten eine Verfügung zu richten, in welcher diese angewiesen werden: „das Verhalten des Verbandes und seiner Ortsgruppen auch ferner sorgfältig zu beobachten und über jeden Vorgang, der für eine enge Zusammengehörigkeit zwischen Verband und Sozialdemokratie sprechen könnte, sofort zu berichten“. Unmittelbar vorher heißt es in der Verfügung: „Wäre der volle Beweis erbracht, daß der Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals eine Organisation ist, deren Zweck oder Bestrebungen den staatlichen oder dienlichen Interessen zuwiderlaufen, so ergäbe sich die Folgerung für die dem Verband angehörenden Beamten ganz von selbst. Dieser nach jeder Seite hin ausreichende Beweis scheint mir aber, wenigstens nach den bisherigen Wahrnehmungen, nicht erbracht zu sein. Immerhin sind verschiedene Tatsachen festgestellt worden, die der Verwaltung die Verpflichtung auferlegen, das Verhalten des Verbandes mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen.“ Es heißt also angedeutet noch Material zu dem Scheiternlassen, auf dem der süddeutsche Eisenbahnerverband unter dem Jubel des Zentrums verkannt werden soll. Das wäre ein Gebiet für Terrorismusknüffler und Platanenstuster à la Treffer! Wie wäre es mit einer mehrwöchigen Abtommandierung des wackeren Heßler nach dem „Gefahrenbereich für das Seelenheil“?

Arbeitskämpfe im Ausland. Untern 17. August wurde aus London gemeldet, daß der Generalfreier der englischen Eisenbahner proklamiert ist. Mit 1500 Telegrammen hat das Streikkomitee das Signal für den allgemeinen Eisenbahnerstreik an die Sekretäre der lokalen Gewerkschaften gegeben, nachdem eine am gleichen Tage stattgehabte Konferenz zu keiner Einigung zwischen den Bahnverwaltungen und den Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften geführt hatte. In Leeds, wo 5000 Mann streikten, Bradford mit 1000, Leicester mit 200, Northwich mit 500, Blackburn mit 400, Derby mit 200 war die Erklärung des allgemeinen Ausstandes nicht abgewartet worden. Am ernstesten soll die Lage in Leeds und Bradford sein, wo jeglicher Verkehr stockt. Auch auf Schottland scheint die Bewegung überzugreifen. In den Gewerkschaften, die für den Ausstand in Frage kommen, sind 170000 Eisenbahner vereinigt. Die Notwendigkeit einer Hebung der Lebenslage dieser Arbeiterschaft geht aus einer Zuschrift des „Berliner Tageblatt“ hervor, in der es über die Lage und die wirtschaftliche Stellung der englischen Eisenbahner u. a. heißt: „Abgesehen von speziellen Klagen, herrscht bei den Eisenbahnern auch allgemeine Unzufriedenheit mit den geringen Löhnen. Wie die Times“ selbst erklärt, läßt sich ein im übrigen auch im Railway Halfyear statistisch nachgewiesenes enormes Steigen der Nettoeinnahmen und Dividenden der Bahnen nicht weglugnen; die Löhne der Bahnangestellten aber bleiben stationär. Aus den Statistiken des Handelsamts ist ferner zu entnehmen, daß die Löhne aller Arbeiterklassen im Land im Durchschnitt während der letzten 15 Jahre bis zum Jahre 1900 um fast 12 Proz. stiegen, daß dagegen die Lebensmittelpreise in den angegebenen 15 Jahren um fast 18 Proz. und von 1900 an um weitere 10 Proz. stiegen.“ Noch mehr wie der Hafnarbeiterstreik wird der Ausstand der Eisenbahner die Lebensmittelversorgung des Landes in Gefahr bringen. Das englische Neglerungsblatt, die „Westminster Gazette“, schrieb kurz vor dem Ausbruch des Streits folgendes: „Ein großer Teil der Nahrung, die in der Eisenbahnwelt entfehrt, rührt zweifelsohne von der hartnäckigen Stellungnahme der Gewerkschaften her, die sich weigern, die Gewerkschaft der Leute anzuerkennen. Dies ist eine grobische und gänzlich unnötige Quelle der Erbitterung. Es ist kein Grund vorhanden, weshalb die Eisenbahngesellschaften auf diesen veralteten Standpunkt, der von allen großen Arbeitgebervertretern aufgegeben worden ist, und der ihren Angestellten als willkürlich und feindselig erscheinen muß, festhalten sollten.“ — In Liverpool dauert der allgemeine Kampf der Hafnarbeiter mit ungeduldrer Heftigkeit fort. Es kam wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit Militär und Polizei. Die Meeder erklärten

sich unter gewissen Bedingungen bereit, die Auslieferung der Dordrecht aufzugeben. In Glasgow traten die Straßenbahnbediensteten in den Streik. Im englischen Unterhaus gab Lloyd George einen Rückblick über den Gang der Konferenzen und betonte, daß die regierungseitig vorgeschlagene Untersuchungskommission, die aus einem Vertreter der Arbeiter und zwei Vertretern der Arbeitgeber bestehen soll, nicht die Erledigung der Sache hinzieht, sondern handeln solle. Er freute sich, daß die Unterhandlungen zwischen Regierung und Eisenbahnarbeitern wieder eingeleitet seien, um zur Annahme des Regierungsvorschlags zu führen, eine Kommission einzusetzen, die unverzüglich die vorgebrachten Beschwerden zu untersuchen solle. Der Minister appellierte an Parlament und Presse, in der kritischen Stunde der Verhandlungen größte Zurückhaltung zu üben. Er rechne zuversichtlich darauf, daß die Streitigkeiten befriedigend beigelegt werden würden. Wenn die Arbeiter mit dem, was die Kommission empfehlen werde, nicht zufrieden sein sollten, könnten sie noch immer von der mächtigen Masse des Ausstandes Gebrauch machen. Der Arbeiterführer Ramsay MacDonald schloß sich der Hoffnung an, daß die Wiederaufnahme der Unterhandlungen zu einer Beilegung des Ausstandes führen werde. Mißerständnisse habe es auf beiden Seiten gegeben. Nach den neuesten Meldungen soll wegen der kritischen Lage in der Industrie die beabsichtigte Vertagung des Unterhauses hinausgeschoben werden. — Kann man auch der Hoffnung leben, daß die Arbeitskämpfe in Großbritannien binnen kurzem ihr Ende erreichen werden, so ist doch zu befürchten, daß die Nachwirkungen sich im übrigen Ausland je länger je mehr zeigen werden. So beschäftigt sich eine Versammlung der Hafnarbeiter in Hamburg bereits mit dem englischen Generalstreik. Nach einer eingehenden Darstellung der Verhältnisse wurde beschlossen, strenge Solidarität zu beachten und alle von England kommenden und nach englischen Häfen abgehende Schiffe nicht zu bearbeiten. Falls von dem Hafnarbeiterverein in Hamburg Maßnahmen erfolgen sollten, sei man für alle Fälle gewappnet. Ferner sind in Rotterdam die Maschinenisten und Heizer aller Schlepplampfen in den Ausstand getreten, um eine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Im Hafnerverkehr macht sich eine große Störung bemerkbar. Der Streik der Seeleute in Amsterdam ist noch nicht beendet. Es befinden sich noch annähernd 1500 Seeleute im Auslande. Der Konflikt bei der Ned Star-Line in Antwerpen ist ebenfalls noch nicht beigelegt. Vielfach kommen die Schiffe mit großen Verzögerungen an, weil die Besatzung nicht aus befahrenen Seeleuten besteht. Auch in Petersburg ist ein Streik der Hafnarbeiter ausgebrochen.

**Kleine Gewerkschaftsnachrichten.** Der Streik im Baugewerbe auf Helgoland dauert ununterbrochen fort. Unter falscher Angabe des Bestimmungsorts suchen Agenten Arbeitswillige anzuwerben. — 200 Granitarbeiter haben in Gorkau und Niklasdorf (Schlesien) ihre Lohnbewegung mit Erfolg beendet. Dagegen stehen in Strehlen und Ströbel (Schlesien) noch über 600 Granitarbeiter in einer Lohnbewegung. — Der seit acht Wochen andauernde Ausstand der Plastersteinschläger in Gommern ging verloren, trotzdem über 500 Mann abgereist waren. — Die Elektromonteur in Pöln befinden sich seit einiger Zeit im Ausstand. — Im Malergewerbe in Dresden bestehen gegenwärtig Differenzen zwischen Meistern und Gehilfen wegen der Frage des Arbeitsnachweises. — Der Bergarbeiterstreik in der Oberlausitz ist nach 18wöchiger Dauer beendet worden. Wenn er auch den Arbeitern keinen vollen Sieg brachte, so sind doch auf einer ganzen Reihe

von Gruben die Löhne erhöht worden. — Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe wird von den beiderseitigen Parteien unersöhnlich weitergeführt. Beide sind eifrig darauf bedacht, die Gestaltung der Situation in ihrem Sinne zu beeinflussen. — Die Bewegung im Lithographie- und Steindruckgewerbe Gera's dauert noch fort, obwohl aus Arbeitgebertreuen in der Tagespresse versucht wird, die Bewegung als im Sande verlaufend hinzustellen.

### Briefkasten.

Nach Mauen: 1. Daß dort der „Typograph“ auch ständig an die Beschlinge im ersten und zweiten Jahre verteilt wird, ist reizend; für die ist dieses etelaste Ragout ja das reine Gift. 2. Falsche Bitterungen sind in dieser Wahrheitsgrube keine Seltenheiten, im Gegenteil. 3. Das öftere Servieren auch der magersten Wissen zeigt am besten, wie armselig es in der Geisteskammer und um die Argumente des trefflichen Neutralitätsapostels ausschaut. Freundl. Gruß! — Nach Gevelsberg: Befand sich bereits in unserm Besitze. Wenn uns diese Verbesserungen und dieses kampfhafte Unschuldbüßen zum bumm werden, wird geföhrig dazwischen gefahren. Einstweilen warten wir ab, wie weit diese großen Ländchensmanöver noch gehen werden. — Nach Siegen: Die Objektivität dieser Handelkammer ist einfach großartig. Werden jedenfalls mit andern Sachen zusammen darauf bei passender Gelegenheit noch zu sprechen kommen. — E. R. in Laibach: 1. Protokoll des achten Gewerkschaftskongresses ist erschienen. Im Buchhandel 1 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 25 Pf. pro Exemplar. 2. Wenden Sie sich selbst an die betreffende Zentralkommission; wir müßten den gleichen Weg einschlagen. — E. S. 100: 1. Bei den einzelnen Handwerks- oder Gewerbestammeskenntnis wird verlangt. — M. F. in Ludwigs-hafen: Es handelt sich um ein und dieselbe Firma. — X in O.: Es mangelt uns jetzt an Zeit und Gelegenheit, Ihrer Bitte zu entsprechen. — R. in Hannover: Werden sehen, wie sich Ihr Artikel noch mit einreichen läßt. — S. R. in Bremen: 3,05 Mk. — E. R. in Marien-verder: 1,85 Mk.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechanstalt VI, 1119.

**Bezirk Wiesbaden.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, dem auf der Reise befindlichen Geher Albert Rausch (Hauptbuchnummer 50775) für zwölf erhaltenes Krankengeld 8,80 Mk. in Zahlung zu bringen und an Jakob Junior, Walsamstraße 30 II, einzulösen zu wollen.

**Häckerleben.** Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, die Adresse des Druckers Willi Siera von hier (Hauptbuchnummer 51868) dem Vorsitzenden Franz Illner, Stephanstraße 10, mitzuteilen.

**Gelsenkirchen.** Im Anbete der Adresse des Seher's Wilhelm Burkert aus Gelsenkirchen-Üdenborn (Hauptbuchnummer 69963) ersucht August Burmes, Königstraße 29 II. Die Funktionäre werden ersucht, V. hierauf aufmerksam zu machen.

**Kattowik.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden höflich gebeten, die Adressen der Drucker Johann Pietsch aus Grlitz (Hauptbuchnummer 66354) und Richard Theus aus Küstrin (Hauptbuchnummer 55530) an H. Wenzel, Andreasstraße 3, gelangen zu lassen.

### Adressenveränderungen.

**Glinshorn.** Kassierer: Karl Hellmann, Neue Straße 11.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Wien i. Westf. der Drucker Adolf Pohl, geb. in Gladbeck 1889, ausgl. in Buer 1907; war schon Mitglied. — In Dortmund der Seher Richard Bellin, geb. in Bpitz 1887, ausgl. in Dortmund 1905; war schon Mitglied. — In Hamm i. W. der Seher Joseph Marzi, geb. in Stadt Kemnath 1878, ausgl. in Schwabach (Bayern) 1895; war schon Mitglied. — August Schippers in Dortmund, Ackerstraße 24. — In Arzberg der Seher Joseph Reichert, geb. in Oberaal 1888, ausgl. in Kelmich 1905; war schon Mitglied. — In Marktredwitz der Drucker Arno Müller, geb. in Ditsch 1882, ausgl. in Marktredwitz 1910; war noch nicht Mitglied. — In Schwabach der Maschinenseher Anton Kudarcz, geb. in Aachen 1880, ausgl. in Schwabach 1897; war schon Mitglied. — Josef Seitz in München, Holzstraße 24 I. — In Vefigheim der Schweiberbegegen Faver Lugenhofer, geboren in Pfaffenhausen (Bayern) 1886, ausgl. in Obergünzburg 1903; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heufeldstraße 54 p. — In Stenzenheim die Seher. I. Gustav Krauß, geb. in Rappenaub (Baden) 1891, ausgl. das. 1909; 2. Ernst Richter, geb. in Nienberg (Saalfeld) 1892, ausgl. in Halle a. S. 1910; waren noch nicht Mitglieder. — Wilhelm Laub in Laß, Schützenstraße 42 IV.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Wir warnen die Funktionäre vor dem Seher Karl Richter, geboren am 20. Juli 1869 in Rudenwalde. Dieser versucht, unter falschen Angaben sich eine Legitimation und Unterstützung zu verschaffen. Richter hat im ganzen nur 15 Beiträge entrichtet und ist seit 30. Juni 1900 nicht mehr Mitglied des Verbandes.

### Berfassungskalender.

**Breslau.** Versammlung Mittwoch, den 23. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße 17. **Chemnitz.** Maschinenseher versammlung Sonnabend, den 26. August, abends 9 Uhr, im „Wettiner Hof“, Augustinburger Straße 23. **Grlitz.** Versammlung Sonnabend, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Befenfelder“, Sonnenstraße 3. **Halle a. S.** Maschinenseher bezirksversammlung Sonntag, den 27. August, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Hof“, Großer Berlin.

### Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer und verwandter Berufe Österreichs.

**Wien.** Der auf der Reise befindliche Seher Wilhelm Gnan, geboren in Wien am 21. Dezember 1890, ausgelernt daselbst am 26. Februar 1910, hat auf der Reise von Walsburg nach Saarburg (Lothringen) an geblüht sein Quittungsbuch (Niederösterreich 2188) verloren. Dem Verlustträger wurde unter dem 16. August 1911 in Wien ein Duplikat des Quittungsbuchs ausgestellt, das die Nummer 2217 Niederösterreich trägt. Sollte das in Verlust geratene Buch irgendetwas vorgewiesen werden, dann ist selbiges einzuziehen und an das Verbandssekretariat einzufenden.

### HOBEL- und FRÄSMASCHINE

gebraucht, für Schriftschneider zu kaufen gesucht. Off. m. Preis u. Nr. 574 an die Geschltsst. d. Bl. erb.

### Schrifttasche

Kupfernitrolrückstände aus galvanisch. Wädern, wird gekauft. Off. unter Nr. 501 durch die Geschäftsstelle dieses Blatts.

### Lohnende Selbständigkeit

findet tücht. Buchdrucker mit kleinem Vermögen durch Übere. meiner K. Buchdruckerei (Pacht oder Kauf). Anfragen mit näheren Angaben an Postfach 2, G ü r o w i. M. [577]

Tüchtiger, korrekter

### Lithotypeseher

mit mindestens fünfjähriger Praxis in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Wochenlohn 44 Mark. „Eibinger Neueste Anzeigen“ (Eibing Westpreußen). [516]

### Tüchtige Schriftgießer

für französische und rüßernausische Kompletzmaschinen finden dauernde und lohnende Kondition in der [571] **Schriftgießerei Otto Teich, Berlin S 14** Dresdner Straße 100.

### Ein junger Stereotypenr

tüchtiger Arbeiter, ferner ein **Galvanoplastiker** flottes Bänder und Kletterer, für sofort gesucht. Ansuchen mit Referenzen erbeten an [573] **Willy, Gergely, Wien VIII, Buchfeldgasse 6.**

### Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Mittwoch, den 23. August, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Besenbinderhof:

### Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsnachrichten; 2. Vortrag des Redakteurs H. Winzig: „Die Entwicklung der Arbeitskämpfe“; 3. Abrechnung des Vergütigungsausschusses und Neuwahl desselben; 4. Kartellbericht. [555] Der Vorstand.

### Technikum für Buchdrucker

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerbesitzern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. Man verlange Prospekt. [555]



**H. MATHAEUS DESSAU** Flössergasse 46. Katalog gratis u. fr. **Lehrbuch der Kraft- u. Muskelanatomie.** Wichtig f. jed. jung. Mann, auch f. ältere. nützlich. Vier Systeme. Reich illust. Preis nur 1,50 Mk. **Engler, München, Herzog-Wilhelm-Str. 10 III, v.**

**Quis- und Steindr.** Jahrg. 8-14. Billig zu verk. Off. u. D. Z. 2734 an Rudolf Hoff, Dresden.

Die gegen den Verbandskollegen und Zinhaber eines Buchgeschäfts Paul Ganshew in Bremen ausgeführte Verleumdung nehme ich hiermit als völlig unbegründet zurück. [575] **Bremen, den 16. August 1911.** Heinrich Böhrer.

### Friedrich Rauschenfels

aus Erfurt, im 37. Lebensjahr, am 17. August, und

**Paul Deichsel** aus Breslau, im 36. Lebensjahr, am 18. August. Ein ehrendes Andenken wird ihnen bewahren [583] **Der Ortsverein Breslau.**

### Fritz Beerbaum

Am 17. August verstarb nach schwerem Leiden unser trauerndes Mitglied, der Setzer im 25. Lebensjahre. [680] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Ortsverein Marlenwerder (V. d. D. B.).**

### Für nur 35 Mark

liefern wir gegen monatliche Teilzahlungen von nur 3 Mark eine prachtvolle

### Klassiker-Bibliothek

enthaltend die Werke von Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Hauff, Lenau, Uhland, Shakespeare, Kleist, Heine. 10 Werke, zusammen 72 Bände in 24 eleganten Ganzleinenbänden elngebunden. [579]

### Klassikerverlag Otto & Ko.

Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Straße 68.

Am 17. August verstarb unser wertes Mitglied, der Setzer [681]

**Alfred Grell** aus Schifflöck, im 89. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.**

Am 17. August verstarb unser wertes Mitglied, der Setzer [682]

**Alfred Grell** im 89. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Liedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg-Altona.**